Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages. Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatl. Einzelne Nrn. 20 Pf. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14574. Postscheckkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M., unter Eingesandt 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen. Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 181 | Sonnabend, 6. August | 1921

Die neue Steuergesetzgebung.

Berlin 5. August. Gestern nachmittag fand eine Kabinettssitzung statt, die sich der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" zufolge mit der weiteren Beratung der neuen Steuergesetzgebung befaßte. Die Beratungen stehen dem Blatte zufolge vor dem Abschluß. Eine ausführliche Mitteilung hierüber ist in Kürze zu erwarten.

Die Vorgänge in Aussig.

Wien, 4. August. Nach Blättermeldungen stellt das „Prager Tageblatt" entgegen den amtlichen Meldungen über die Ausschreitungen tschechischer Legionäre in Aussig fest, daß eine fünftausendköpfige Menge eine Rede des Abgeordneten Kaibel anhören wollte, als plötzlich 200 bewaffnete Legionäre und Zivilisten mit Browningpistolen, Schlagringen und Gummiknütteln auf die Menge einstürmten, zuerst in die Luft und dann in die Menge hinein schossen, Frauen und Kinder niederschlugen. Ein Arbeiter wurde durch einen Bajonettstich getötet und mehrere Personen schwer verletzt. Die wilde Jagd auf die Deutschen dauerte bis 10 Uhr abends. Dann durchzogen die Legionäre singend und schreiend die Stadt. Um Mitternacht trat Ruhe ein.

Prag, 4. August. In der heutigen Senatssitzung gab der Ministerpräsident eine Erklärung über die gestrigen Vorfälle in Aussig ab. Bei den bereits gemeldeten Zusammenstößen wurden 19 Personen verletzt, von denen eine gestorben ist. Heute herrscht in Aussig vollkommene Ruhe. Gestern abend noch wurden Gendarmerieverstärkungen nach Aussig entsandt. Gegen alle Beteiligten wird rücksichtslos nach dem Gesetz eingeschritten werden. Der Ministerpräsident befaßte sich sodann mit den den gestrigen Vorfällen vorausgegangenen Ereignissen und sprach mit Schmerz und Bedauern über diese Ereignisse, die nicht geeignet seien, zum ruhigen Zusammenleben der Nationen beizutragen. Die Erklärung des Ministerpräsidenten wurde vom Senat nach kurzer Aussprache zur Kenntnis genommen. Dafür stimmten alle tschechischen bürgerlichen Parteien, dagegen die tschechischen Kommunisten. Die deutschen bürgerlichen und sozialdemokratischen Senatoren waren nicht erschienen.

Die Zurückziehung amerikanischer Truppen aus Deutschland.

Washington, 4. August. Bei Besprechung mehrerer Entschließungen über die Zurückziehung amerikanischer Truppen aus Deutschland erklärte Porter, nach seiner persönlichen Ansicht würden die amerikanischen Truppen bis zur Regelung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Amerika bleiben. Er glaube, daß diese Regelung in zwei bis drei Monaten erfolgen werde.

Die Verhandlungen des Obersten Rates.

London, 4. August. „Evening Standard" zufolge gehen mit Lloyd George Sir Edward Grey, Sir Maurice Caukey, Mr. Davis und Lord Biddel nach Paris, während Lord Curzon von Mr. van Sittart und Mr. Osborne von der Abteilung für Ostfragen im Auswärtigen Amte begleitet wird. Lloyd George wird nur an dem Teile der Verhandlungen des Obersten Rates teilnehmen, welcher der Lösung der oberschlesischen Frage gilt, und wird sich im Laufe der nächsten Woche nach London zurückbegeben. „Evening Standard" hält es für sicher, daß die technischen Sachverständigen Englands, Frankreichs und Italiens einander diametral entgegengesetzte Vorschläge in der oberschlesischen Frage bringen werden. Daher sei eine vorläufige Teilung möglich.

London, 5. August. Wie „Daily Telegraph" berichtet, ist die Politik, für die Lloyd George in der bevorstehenden Konferenz des Obersten Rates bezüglich Oberschlesiens eintreten wird, von der Konferenz der Premierminister des britischen Reiches gebilligt worden. Zum ersten Male seit der Friedenskonferenz wird daher die britische Politik auf der Konferenz der Verbündeten nicht nur Großbritannien, sondern das gesamte britische Reich vertreten. — In einer in Carnarvon gehaltenen Rede drückte Lloyd George die Hoffnung aus, daß auf der Konferenz des Obersten Rates ein Einvernehmen erzielt werden würde.

Das Schicksal Oberschlesiens.

Noch keine Einigung der verbündeten Sachverständigen.

Paris, 4. August. Der „Temps" stellt im heutigen Leitaufsatze fest, daß die verbündeten Sachverständigen, die den Auftrag hatten, die Teilung Oberschlesiens vorzubereiten, bis jetzt noch zu keiner Einigung gelangt seien. Die Meinungsverschiedenheiten blieben sehr groß. Man bemerke noch kein Mittel für die Überbrückung. Der „Temps" verlangt von der britischen Regierung, dafür zu sorgen, daß die Arbeit der Sachverständigen sich nicht in eine Sackgasse verlaufe. Frankreich könne ebensowenig im Obersten Rate wie in der Sachverständigenkonferenz einer Lösung zustimmen, die eine Ungerechtigkeit für Polen sei.

Eine Denkschrift der deutschen Reichsregierung.

Berlin, 4. August. Die Reichsregierung hat unter dem Titel „Die wichtigsten wirtschaftlichen Folgen einer Abtrennung Oberschlesiens von Deutschland" eine Denkschrift herausgegeben, die eingehende Angaben über die Wirkungen macht, die bei einer Loslösung Oberschlesiens vom Reiche sowohl für die oberschlesische Industrie wie auch für die Wirtschaft Deutschlands eintreten müßten. Die Denkschrift kommt zu folgendem Ergebnis:

Deutschland verlöre, wenn Oberschlesien an Polen ausgeliefert wird, einen großen Teil seiner Kohlenbasis, einen erheblichen Teil seiner Eisenbasis, den überwiegenden Teil seiner Zinkproduktion. Es würde damit für seine wichtigsten industriellen Rohstoffe aus einem Ausfuhrlande zu einem Einfuhrlande. Gleichzeitig ginge ihm eins seiner wertvollen inländischen Absatzgebiete verloren. Ohne eine ihren Bedarf voll deckende eigene Kohlen- und Eisenbasis kann Deutschland als Industrieland nicht weiterbestehen. Die Industrie allein gibt Deutschland die Möglichkeit, seine Bevölkerung zu ernähren. Deutschland muß heute, nur um nicht zu verhungern, noch viel mehr industriell tätig sein, noch viel mehr exportieren als vor dem Kriege. Zu alledem soll und will Deutschland seine finanziellen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage erfüllen. Auch sie können nur durch vermehrten Export, nur durch die Industrie, aufgebracht werden. Verliert Deutschland die oberschlesische Montanindustrie, so kann es beides nicht vollbringen, weder die Reparationsleistungen aus dem Friedensvertrag, noch die Ernährung seiner Bevölkerung. Die deutsche Industrie würde verkümmern. Deutschland würde einen großen Teil seiner Bevölkerung durch Auswanderung und Absterben verlieren und auf den Stand der Wirtschaft vor 50 Jahren zurücksinken. Auch als Käufer auf dem Weltmarkte würde Deutschland im wesentlichen ausscheiden. Büßt aber Deutschland seine Kaufkraft ein — was eintreten muß, wenn seine industrielle Weiterentwicklung, wenn seine Ausfuhrtätigkeit eingeschränkt wird —, so werden sich hiermit notwendig einschneidende Wirkungen auf die gesamte Weltwirtschaft ergeben.

Die Flüchtlinge in Oberschlesien.

Beuthen, 4. August. In die Stadt hat erneut ein starker Flüchtlingsstrom besonders aus den Landgemeinden eingesetzt. Auch aus Gleiwitz wird ein starkes Anwachsen des Flüchtlingszustroms gemeldet. Aus dem Kreise Tarnowitz mehren sich die Klagen der deutschen Bevölkerung über Übergriffe der polnischen Ortswehren.

Polnische Forderungen.

Berlin, 4. August. Das in Berlin erscheinende polnische Blatt „Dziennik Berlinske" meldet aus Beuthen: Im Hinblick auf die nahe Sitzung des Obersten Rates veröffentlicht der Verband ehemaliger polnischer Aufständischer eine Reihe von Forderungen. Darin heißt es u. a.: Lloyd George hat in Irland wohl noch nicht die Lehre erhalten, daß nationale und wirtschaftliche Bestrebungen nicht durch Bajonette entschieden werden können. Wir glauben, daß die Vertreter von Frankreich, Italien und Amerika dem englischen Projekt nicht beistimmen werden, und erklären, daß wir eine Vergewaltigung unsrer Forderungen durch den Obersten Rat für eine Kampfansage ansehen. Gewalt wird gegen eine einheitliche Front stoßen. Bajonette fürchten wir nicht.

Die Abrüstungskonferenz.

London, 5. August. Das Reutersche Bureau meldet aus Washington: Wie verlautet, ist dem Staatsdepartement, bevor es den neuen Vorschlag über die Abrüstungskonferenz formell unterbreitete, von Großbritannien mitgeteilt worden, dieses sei bereit, jedem in Washington für die Konferenz gewählten Zeitpunkt zuzustimmen. Japan ist, wie angenommen wird, in gleicher Weise dazu bereit. In japanischen Kreisen fürchtet man jedoch, daß die große Entfernung zwischen Washington und Tokio es unmöglich mache, daß die Konferenz schon so früh beginne. Der Meinungsaustausch zwischen den einzelnen Mächten bezüglich des Programms geht weiter. Die Vereinigten Staaten von Amerika hoffen immer noch, daß die Papfrage behandelt werde, bevor die Konferenz zusammentrete.

Die irische Frage.

London, 5. August. Wie aus London gemeldet wird, beruhen die günstigen Nachrichten über die Stellungnahme der Sinnfeiner zu den Vorschlägen der englischen Regierung auf dem glücklichen Verlauf direkter Verhandlungen, die zwischen Vertretern de Valeras und des Ministerpräsidenten von Ulster Craig seit einigen Wochen im Gange sind. Die Ulsterleute sollen bei diesen Verhandlungen ein befriedigendes Entgegenkommen in bezug auf die Wahrung der Einheit Irlands in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung gezeigt haben.

London, 5. August. Das Sinnfeiner-Parlament tritt am 16. d. M. zusammen, um die Antwort Lloyd Georges und die Haltung Ulsters zu erörtern.

Die griechisch-türkischen Kämpfe.

Athen, 4. August. Der Generalstab bezeichnet das Gerücht, daß eine griechische Division auf Konstantinopel vorgehe, als unrichtig.

Konstantinopel, 4. August. (Havas.) Der griechische Zerstörer „Panther" hat, wie es heißt, Trapezunt beschossen, um eine Landung zu ermöglichen. Die griechische Kirche der Stadt ging in Flammen auf. Es wurden 15 Griechen getötet. Der „Panther" wurde von den türkischen Küstenbatterien getroffen.

Angora, 4. August. Die Nationalversammlung hat beschlossen, daß alle Mitglieder der Versammlung an der Verteidigung des Vaterlandes teilnehmen sollen. Die militärischen und medizinischen Mitglieder reisen an die Front ab, während die anderen sich mit Versorgungsangelegenheiten hinter der Front befassen.

Waffenruhe zwischen Fascisten und Sozialisten.

Rom, 5. August. In Rom haben Vertreter der Sozialisten und Fascisten in Gegenwart des Präsidenten der Kammer, de Nicola, ein Abkommen unterzeichnet, durch das sie sich verpflichten, die gegenseitige Bekämpfung einzustellen und Zusammenstöße zu verhindern. Bei Beginn der Sitzung der Kammer wurde de Nicola von allen Abgeordneten lebhaft begrüßt.

Gebt für das Oberschlesierhilfswerk!

Das staatliche Elektrizitätsunternehmen.

Von Ministerialdirektor Geh. Rat Dr.-Ing. Just.

1.

Es wird immer ein hohes Verdienst der sächsischen Regierung bleiben, daß sie unter Zustimmung des Landtages im Kriegsjahre 1916 den wichtigen Beschluß faßte, die Versorgung des Landes mit elektrischem Strome zur Staatsaufgabe zu erklären. Dieser Beschluß bildet die Grundlage zu einem Kulturwerke, das sich für die Wohlfahrt des Landes, besonders auch nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges, als von immer größerer Bedeutung erweisen wird. Ist doch die Erzeugung von Kraft- und Lichtstrom und dessen Fortleitung bis in die Stätten der Arbeit und die Wohnungen des Volkes ein Lebenselement unserer gesamten Wirtschaft. Je planvoller dabei vorgegangen wird, je mehr einer unzweckmäßigen Zersplitterung der Kräfte vorgebeugt wird, je kräftiger der gemeinwirtschaftliche Charakter der Elektrizitätsversorgung hervorgekehrt wird, desto stärker wird die befruchtende Kraft sein, die von dem staatlichen Elektrizitätsunternehmen ausgeht.

Schon früh hatten die sächsischen Städte die Notwendigkeit einer öffentlichen Versorgung ihres Gebietes mit elektrischem Strome erkannt und sich in dieser Richtung betätigt. Hier störend einzugreifen, liegt dem staatlichen Unternehmen fern. Namentlich will es die Städte im Besitze ihrer Kraftwerke lassen und nicht dort, wo die Gemeinden sich der Kleinverteilung des Stromes angenommen haben, dieses Geschäft an sich ziehen. Wohl aber ist das staatliche Unternehmen bestrebt, auch die Gemeinden mit eigenen Kraftwerken als Großabnehmer zu gewinnen, um sie der Notwendigkeit zu überheben, ihre Kraftanlagen, wo dies unwirtschaftlich wäre, zu erneuern und zu erweitern.

Eine andere Stellung hatte das staatliche Elektrizitätsunternehmen den privaten Überlandzentralen gegenüber einzunehmen. Die Verdienste ihrer Pionierarbeit auf dem platten Lande hat die Regierung niemals verkannt. Nachdem aber der Staat die Elektrizitätsversorgung des Landes als Aufgabe der Gemeinwirtschaft erklärt und in seine Hand genommen hatte, galt es, auch die privaten Überlandzentralen diesem Zwecke dienstbar zu machen. Das ist teils durch Ankauf der Kraftwerke und Leitungsnetze, teils durch die Erwerbung ausschlaggebender oder doch einflußreicher Beteiligungen an den Unternehmungen erreicht worden. Werke, die den Strom ausschließlich oder im wesentlichen für den eigenen Bedarf des Besitzers erzeugen, hat das staatliche Elektrizitätsunternehmen unberührt gelassen; es kann darauf vertrauen, daß diese Werke eingehen werden, sobald ihre Besitzer in die Lage kommen, den Strom von einem staatlichen oder staatlich kontrollierten Werke unter dem Preise der Eigenerzeugung zu beziehen.

Eine weitere Aufgabe hat das staatliche Unternehmen darin erblickt, die Verbindung mit den öffentlichen Großkraftwerken jenseits der Landesgrenzen herzustellen und von diesen Strom nach Sachsen zu ziehen. Bisher ist dies mit den Reichskraftwerken des Bitterfelder und des Niederlausitzer Kohlenbezirkes gelungen. Anderseits ist es mit den Interessen der Landesversorgung vereinbar erschienen, in Sachsen erzeugten Strom in beschränktem Umfange auch benachbarten Gebieten zuzuführen.

Will man sich einen Überblick über den derzeitigen Stand des staatlichen Elektrizitätsunternehmens verschaffen, so empfiehlt es sich, zwischen staatseigenen und staatlich beeinflußten Elektrizitätswerken zu unterscheiden.

I. An eigenen Werken besitzt der Staat

1. das Großkraftwerk Hirschfelde bei Zittau und
2. das Kraftwerk Elbtalzentrale in Pirna.